

# Warum Israel ein Apartheidstaat ist

Jonathan Cook, AMEU, März/April 2018

**Vor mehr als einem Jahrzehnt wies US-Präsident Jimmy Carter darauf hin, dass Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten Apartheid praktiziere. Doch in Wahrheit wäre es genauer zu sagen, dass Israel selbst ein Apartheidstaat ist.**

Nördlich der Stadtgrenze von Nazareth, etwa eine Meile Luftlinie entfernt, befindet sich eine landwirtschaftliche Gemeinde namens Tzipori - hebräisch für „Vogel“. Es ist ein Ort, den ich regelmäßig besuche, oft zusammen mit Gruppen von Aktivisten, die mehr über die politische Situation der in Israel lebenden palästinensischen Minderheit erfahren wollen.

Tzipori ist geeignet, die historischen, rechtlichen und administrativen Grundprinzipien eines jüdischen Staates zu beleuchten, die ihn in eine Tradition nicht-demokratischer politischer Systeme stellt, und am besten als Apartheid bezeichnet werden kann.

**Das Verbrechen der Apartheid ist im Völkerrecht definiert, als Teil des Römischen Statuts von 2002**

Vor mehr als 10 Jahren, erregte der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter den Zorn der israelischen Anhängerschaft in Amerika, indem er darauf hinwies, dass die israelische Herrschaft über die Palästinenser in den besetzten Gebieten mit der Apartheid vergleichbar sei. Während sein Bestseller „Palästina - Frieden, nicht Apartheid“ ein Tabu brach, trug es in vielerlei Hinsicht zur Verwirrung über Israel bei.

Seitdem haben auch andere darauf hingewiesen wie der ehemalige US-Außenminister John Kerry, und die ehemaligen israelischen Premierminister Ehud Olmert und Ehud Barak, dass die israelische Herrschaft in den besetzten Gebieten Gefahr läuft, sich in „Apartheid“ zu verwandeln - obwohl der Moment der Transformation in ihren Augen nie ganz zu kommen scheint.

Es ist sachkundigen Beobachtern wie dem südafrikanischen Erzbischof Desmond Tutu überlassen, darauf hinzuweisen, dass die Lage der besetzten Palästinenser tatsächlich schlimmer ist als die der Schwarzen im ehemaligen Südafrika. Nach Ansicht Tutus leiden die Palästinenser unter der Besatzung unter etwas Extremem als der Apartheid, etwas das wir als „Apartheid-plus“ bezeichnen könnten.

Es gibt einen beachtlichen Unterschied zwischen den beiden Fällen, der auf die Art dieses „Plus“ hinweist. Selbst auf dem Höhepunkt der Apartheid war sich die weiße Bevölkerung Südafrikas bewusst, dass sie von der Arbeitskraft der schwarzen Mehrheitsbevölkerung abhängig war. Israel hingegen hat ein weitaus antagonistischeres Verhältnis zu den Palästinensern in den besetzten Gebieten. Sie werden als unwillkommene, überzählige Population angesehen, die ein demografisches Hindernis für die politische Verwirklichung eines Groß-Israel ist. Der starke wirtschaftliche und militärische Druck, den Israel auf diese Palästinenser ausübt, ist darauf ausgerichtet, ihre schrittweise Vertreibung, eine ethnische Säuberung in Zeitlupe, zu bewirken. Es überrascht nicht, dass die Unterstützer Israels den Begriff „Apartheid“ auf Südafrika beschränken wollen, als ob ein politisches System, das elementare Grundlagen auf rassistischer oder ethnischer Basis zuteilt, nur an einem Ort und zu einer Zeit stattgefunden hätte. Es wird oft vergessen, dass

das Verbrechen der Apartheid im Völkerrecht definiert ist, als Teil des Römischen Statuts von 2002, das den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag geschaffen hat. Ein Apartheid-System, besagt das Statut, ist „ein institutionalisiertes System der systematischen Unterdrückung und Herrschaft durch eine ethnische Gruppe über jede andere ethnische Gruppe, oder andere solcher Gruppen mit der Absicht, dieses Regime aufrechtzuerhalten“. Kurz gesagt, ist Apartheid ist ein politisches System oder eine Struktur, die Rechte und Privilegien auf der Grundlage rassischer oder ethnischer Kriterien zuweist.

**Die Diskriminierung von Palästinensern in Israel ist systematisch, institutionalisiert, strukturell und umfassend kodifiziert und erfüllt sehr genau die völkerrechtliche Definition von Apartheid**

Diese Definition, so wird in diesem Aufsatz argumentiert, beschreibt das politische Regime nicht nur in den besetzten Gebieten - wo es eigentlich noch schlimmer ist - sondern auch in Israel selbst, wo jüdische Bürger institutionalisierte Privilegien gegenüber den 1,8 Millionen Palästinensern genießen, die die offizielle israelische Staatsbürgerschaft besitzen. Diese Palästinenser sind die Hinterbliebenen des palästinensischen Volkes, die durch den Krieg von 1948, der einen jüdischen Staat auf den Ruinen ihres Heimatlandes gründete, größtenteils zerstreut wurden. Diese palästinensischen Bürger machen etwa ein Fünftel der israelischen Bevölkerung aus.

Obwohl allgemein davon ausgegangen wird, dass die palästinensischen Bürger diskriminiert werden, geht man selbst unter vielen Gelehrten davon aus, dass dies in keiner Weise den Status Israels als westliche liberale Demokratie untergräbt. Die meisten Minderheiten im Westen - zum Beispiel Schwarze in den USA, Asiaten in Großbritannien, Türken in Deutschland und Afrikaner in Frankreich - sehen sich mit weit verbreiteten Vorurteilen und Diskriminierungen konfrontiert. Israels Behandlung seiner palästinensischen Minderheit, wird behauptet, sei nicht anders.

Das ist ein grundlegendes Missverständnis darüber, was für ein Staat Israel ist und wie er sich den Palästinensern gegenüber verhält, ob sie nun unter Besatzung leben, oder israelische Staatsbürger sind. Die Diskriminierung von Palästinensern in Israel ist nicht illegal, informell, inoffiziell oder improvisiert. Sie ist systematisch, institutionalisiert, strukturell und umfassend kodifiziert und erfüllt sehr genau die völkerrechtliche Definition von Apartheid und spiegelt die wesentlichen Merkmale der südafrikanischen Apartheid wider.

**Aus diesem Grund veröffentlichte die Wirtschaftssozialkommission der Vereinten Nationen für Westasien (ESCWA) 2017 einen Bericht, in dem sie zu dem Schluss kam, dass Israel „ein Apartheidregime errichtet hat, das das palästinensische Volk als Ganzes beherrscht“, einschließlich seiner palästinensischen Bürger.** Unter starkem Druck Israels und der USA wurde dieser Bericht sehr schnell zurückgezogen, doch die Realität der Apartheid im israelischen Recht und in der Praxis bleibt bestehen.

Dieses Argument ist viel brisanter als das von Präsident Carter. Seine Position besagt, dass Israel nach Beginn der Besatzung 1967 ein eigenständiges Apartheid-System entwickelt hat - eine Art "Add-on" der Apartheid zum demokratischen Israel. Nach dieser Sichtweise könnte das Apartheidregime in den besetzten Gebieten wie ein gangräniges Glied amputiert werden, wenn Israel die Besatzung beenden würde. Doch wenn Israels Umgang mit seinen eigenen palästinensischen Bürgern der Definition der Apartheid entspricht, bedeutet dies etwas wesentlich Problematischeres. Es legt nahe, dass das jüdische Privileg dem von der

zionistischen Bewegung 1948 gegründeten israelischen Gemeinwesen innewohnt, dass ein jüdischer Staat von Natur aus apartheidähnlich ist und, dass die Aufgabe der Besatzung den Status Israels als Apartheidstaat nicht beenden würde.

### **Getrennt und ungleich**

Tzipori wurde 1949 von rumänischen und bulgarischen Juden als Moshav gegründet, ein sozialistisches Agrarkollektiv ähnlich dem Kibbuz. Es hat sich auf die Milchproduktion spezialisiert, obwohl die meisten der Bewohner Tziporis längst die Landwirtschaft und den Sozialismus aufgegeben haben: Heute arbeiten ihre 1.000 Einwohner in Büros in nahe gelegenen Städten wie Haifa, Tiberias und Afula.

**Mehr als 500 palästinensische Dörfer wurden während der *Nakba* ethnisch gesäubert, und auf den Ruinen der Häuser wurden Bäume gepflanzt**

Tziporis hebräischer Name spielt auf eine viel ältere römische Stadt namens Sefhoris an, deren Überreste in einem Nationalpark an der Moschee liegen. Ein großer Pinienwald trennt den Moshav vom alten Sefhoris, unter dem noch mehr Schutt verborgen liegt und der an manchen Stellen kaum von den archäologischen Trümmern des Nationalparks zu unterscheiden ist. Doch diese Ruinen sind viel jünger. Sie sind die Überreste der palästinensischen Gemeinde Saffuriya, in der ungefähr 5.000 Menschen lebten. Das Dorf wurde 1948 während der *Nakba* (arab. Katastrophe) zerstört.

*Nakba* nennen die Palästinenser den Verlust ihres Heimatlandes und dessen Umwandlung in einen jüdischen Staat.

Die Palästinenser von Saffuriya - eine arabisierte Version von „Sefhoris“ - wurden von Israel vertrieben und ihre Häuser wurden zerstört. Die Zerstörung von Saffuriya war kein Einzelfall. Mehr als 500 palästinensische Dörfer wurden während der *Nakba* auf ähnliche Weise ethnisch gesäubert, und auf den Ruinen der Häuser wurden Bäume gepflanzt. Heute leben fast alle ehemaligen Bewohner von Saffuriya im Exil - meist außerhalb der Grenzen Israels, in Lagern im Libanon. Doch ein Teil lebt in der Nähe von Nazareth, der einzigen palästinensischen Stadt im Staat Israel, die die *Nakba* überlebt hat. Manchen Schätzungen zufolge stammt ungefähr 40 Prozent der derzeitigen Bevölkerung von Nazareth von Saffuriyas Flüchtlingen ab, die in ihrem eigenen Stadtviertel namens Safafri leben.

Die ersten sind die palästinensischen Flüchtlinge, die sich jenseits der Grenzen des geteilten Palästina wiederfanden; die zweiten sind die 20 Prozent der Palästinenser, die es geschafft haben, in ihrem Land zu bleiben. 1948 überlebten rund 150.000 Menschen die *Nakba* im Land- eine Zahl, die weit über den Intentionen der israelischen Staatsgründer lag.

Darunter waren 30.000 in Nazareth - sowohl die ursprünglichen Einwohner, als auch Flüchtlinge wie die aus Saffuriya, die während der Kämpfe Zuflucht in der Stadt suchten. Nur wegen eines Fehlers entkamen sie der Vertreibung. Der Kommandant, der den Angriff auf Nazareth leitete, ein kanadischer Jude namens Ben Dunkelman, missachtete einen Befehl, die Stadt von ihren Bewohnern zu säubern.

Man kann sich vorstellen warum: Angesichts des hohen Bekanntheitsgrades Nazareths, als Zentrum des Christentums und unmittelbar nach den Kriegsverbrecherprozessen der Nazis in Nürnberg, befürchtete Dunkelman vermutlich, dass er eines Tages auch auf der Anklagebank landen könnte.

Es gab noch andere, unvorhergesehene Gründe, warum Palästinenser entweder in Israel blieben, oder sich in dem neuen Staat wiederfanden. Unter dem Druck des Vatikans durfte eine bedeutende Anzahl palästinensischer Christen - vielleicht 10.000 - nach den Kämpfen zurückkehren. Weitere 35.000 Palästinenser wurden 1949, nach dem Ende der *Nakba*, verwaltungstechnisch nach Israel verlegt, als Israel einen Vertrag mit Jordanien schloss, um die Waffenstillstandslinien neu zu ziehen – zwar zu Israels territorialem, jedoch nicht zu seinem demografischen Vorteil. Schließlich schafften es auch viele Flüchtlinge, die über die Grenzen vertrieben worden waren, in einem weit weniger technologisch anspruchsvollen Zeitalter, und in der Hoffnung, in Dörfer wie Saffuriya zurückkehren zu können, zurückzukehren. Als sie ihre Häuser zerstört vorfanden, mischten sie sich in überlebende palästinensische Gemeinden wie Nazareth und verschwanden vom Radar der israelischen Behörden.

**Das Hauptziel des Staatsbürgerschaftsgesetz war es, allen Palästinensern außerhalb der neuen Grenzen ein Recht auf Rückkehr in ihre Heimat zu verweigern**

Tatsächlich war es dieser letzte Schritt, der einen Prozess in Gang setzte, der im Nachhinein zur Staatsbürgerschaft der noch in Israel lebenden Palästinenser führte. Für die israelischen Behörden bestand die Priorität darin, jegliche Rückkehr der 750.000 Palästinenser zu verhindern, die sie so erfolgreich vertrieben hatten. Nur so konnte der Erhalt einer dauerhaften und unstrittigen jüdischen Mehrheit gewährleistet werden. Zu diesem Zweck mussten die Palästinenser in überlebenden Gemeinden wie Nazareth „gebrandmarkt“ werden, um eine Metapher aus der Viehzucht zu verwenden.

Auf diese Weise konnten alle „Eindringlinge“, wie Israel Flüchtlinge nannte, die versuchten, nach Hause zurückzukehren, sofort identifiziert und wieder vertrieben werden. Dieses „Brandmarkung“ begann mit der Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen für Palästinenser in Gemeinden wie Nazareth. Doch als Israel eine größere Legitimität auf internationaler Bühne anstrebte, stimmte es im Nachhinein zu, diese Residenz in eine Staatsbürgerschaft umzuwandeln.

Vier Jahre nach der Staatsgründung, tat Israel dies durch das Staatsbürgerschaftsgesetz von 1952. Die Staatsbürgerschaft für Palästinenser in Israel war ein Zugeständnis, das äußerst widerwillig und nur deshalb gemacht wurde, weil es den größeren demografischen Zwecken Israels diente. Ganz sicher war es kein Beweis, wie oft angenommen wird, für die demokratische Glaubwürdigkeit Israels.

Das Staatsbürgerschaftsgesetz sollte besser als Anti-Staatsbürgerschaftsgesetz verstanden werden: Sein Hauptziel war es, allen Palästinensern außerhalb der neuen Grenzen - die große Mehrheit nach der ethnischen Säuberung von 1948 - ein Recht auf Rückkehr in ihre Heimat zu verweigern.

**Zwei Jahre vor dem Staatsbürgerschaftsgesetz verabschiedete Israel das bekanntere Rückkehrgesetz. Dieses Gesetz öffnete allen Juden auf der ganzen Welt die Tür zur Einwanderung nach Israel und berechtigen sie automatisch zur Staatsbürgerschaft.**

Jeder, der mit der modernen US-Geschichte vertraut ist, wird die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von 1954 im berühmten Bürgerrechtsfall *Brown vs. Board of Education* kennen. Die Richter entschieden, dass die Schaffung getrennter öffentlicher Schulen für weiße und schwarze Schüler verfassungswidrig sei, auf der Grundlage, dass „getrennt von einander, inhärent ungleich ist“.

Dies stellte einen wichtigen Rechtsgrundsatz dar, der einen entscheidenden Schlag gegen Jim Crow, die Version der Apartheid des tiefen Südens, bedeuten würde.

Wenn getrennt inhärent ungleich ist, ist Israels segregierte Struktur der Staatsbürgerschaft die grundlegendste Form von Ungleichheit, die man sich vorstellen kann. Staatsbürgerschaft wird manchmal als das „Grundrecht“ der Staaten bezeichnet, weil typischerweise so viele andere Grundrechte davon abhängen: vom Wahlrecht bis zum Aufenthalt und zur Sozialhilfe. Durch die Trennung der Staatsbürgerschaftsrechte auf ethnischer Basis, die Schaffung eines Anspruchs auf Staatsbürgerschaft für Juden mit einem Gesetz und die Verweigerung der Staatsbürgerschaft für die meisten Palästinenser mit einem anderen, institutionalisierte Israel die rechtliche Apartheid auf fundamentaler Ebene. *Adalah*, eine Menschenrechtsgruppe, die sich für die Rechte der palästinensischen Minderheit in Israel einsetzt, hat eine Online-Datenbank zusammengestellt, die israelische Gesetze auflistet, die explizit aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit diskriminieren. Das Rückkehrgesetz und das Staatsbürgerschaftsgesetz sind die wichtigsten, doch es gibt fast 70 weitere diskriminierende Gesetze.

### **Staatsbürgerschaft und Heirat**

**Das Rückkehrgesetz ermutigt jeden Juden der Welt, mit Freiflügen, finanziellen Zuwendungen, zinslosen Darlehen und Zuschüssen, nach Israel zu kommen und sofort die Staatsbürgerschaft zu erhalten. Das Staatsbürgerschaftsgesetz hingegen verschloss nach 1952 den Palästinensern die Möglichkeit, die Staatsbürgerschaft zu erlangen**

Ben Gurion war bereit, den übriggebliebenen Palästinensern in Israel diese niedrigere Version der Staatsbürgerschaft zu gewähren, weil er annahm, dass sie keine Bedrohung für seinen neuen jüdischen Staat darstellen würde. Er erwartete, dass diese palästinensischen Bürger, oder was Israel lieber allgemein als „israelische Araber“ bezeichnet - von den Ankwunftswellen jüdischer Einwanderer überschwemmt würden, wie denen, die Tzipori besiedelten.

Ben Gurion hat sich schwer verrechnet. Die weitaus höhere Geburtenrate der palästinensischen Bürger bedeutet, dass sie auch weiterhin ein Fünftel der israelischen Bevölkerung ausmachen. Die palästinensischen Bürger haben diesen zahlenmäßigen Anteil beibehalten, obwohl Israel große Anstrengungen unternommen hat, die Bevölkerungsgruppen zu manipulieren.

Das **Rückkehrgesetz** ermutigt jeden Juden der Welt, mit Freiflügen, finanziellen Zuwendungen, zinslosen Darlehen und Zuschüssen, nach Israel zu kommen und sofort die Staatsbürgerschaft zu erhalten. Das **Staatsbürgerschaftsgesetz** hingegen verschloss nach 1952 den Palästinensern die Möglichkeit, die Staatsbürgerschaft zu erlangen. Seitdem gibt es für einen Nichtjuden nur einen Weg zur Einbürgerung, nämlich die Heirat mit einem israelischen Staatsbürger, entweder einem Juden oder einem Palästinenser. Diese Ausnahme ist nur erlaubt, weil sich jedes Jahr nur ein paar Dutzend Nichtjuden qualifizieren, was für die jüdische Mehrheit Israels keine Gefahr darstellt.

In der Praxis wurden Palästinenser außerhalb Israels stets von dieser Möglichkeit die Staatsbürgerschaft zu erlangen ausgeschlossen, selbst wenn sie einen palästinensischen Staatsbürger Israels heiraten, wie es nach der Besetzung des restlichen historischen Palästinas durch Israel im Jahre 1967 zunehmend üblich wurde. Während der Osloer Jahre [während der Aushandlung der Osloer Verträge], als Palästinenser in Israel versuchten Israel juristisch dazu zu zwingen, die Einbürgerung ihrer Ehepartner aus den besetzten Gebieten aufrechtzuerhalten, verabschiedete die Regierung 2003 eilig das Gesetz der Staatsbürgerschaft und der Einreise. Es verweigerte den Palästinensern das Recht, sich für eine israelische Aufenthaltsgenehmigung oder Staatsbürgerschaft im Rahmen der Ehebestimmung zu qualifizieren. Tatsächlich verbot es die Heirat über die Grüne Linie [1967iger „Grenze“] hinweg und trennte die Palästinenser in Israel formell von der palästinensischen Bevölkerung, die seit 1967 unter israelischer Besatzung steht. Diese Maßnahme verdeutlichte, dass Israel bereit war, ein weiteres Grundrecht zu verletzen - sich zu verlieben und die Person eigener Wahl zu heiraten.

### **„Nationalisierung“ von Land**

Die meisten Bürger der Vereinigten Staaten gehen zu Recht davon aus, dass ihre Staatsbürgerschaft und Nationalität synonym sind: „American“ oder „US“. Doch dasselbe gilt nicht für Israelis.

Israel klassifiziert seine Bürger nach unterschiedlichen „Nationalitäten“. Dies bedeutet, dass es keine gemeinsame israelische Staatsangehörigkeit gibt, sondern stattdessen die Trennung der Bürger in vermeintliche ethnische oder religiöse Kategorien. Israel hat mehr als 130 Nationalitäten anerkannt, um mit ungewöhnlichen Fällen umzugehen, mich selbst eingeschlossen.

Nachdem ich meine Frau aus Nazareth geheiratet hatte, begann ein langwieriger, komplexer und feindseliger Einbürgerungsprozess für mich. **Ich bin jetzt israelischer Staatsbürger, aber meine Nationalität wird als „britisch“ bezeichnet.** Die überwiegende Mehrheit der israelischen Staatsbürger hat dagegen eine von zwei offiziellen Nationalitäten: jüdisch oder arabisch. Der Oberste Gerichtshof Israels hat zweimal bestätigt, dass diese Nationalitäten von der Staatsbürgerschaft getrennt, und ihr überlegen, sind.

Dieses komplexe System getrennter Nationalitäten ist nicht irgendeine obskure, exzentrische Praxis: es ist zentral für Israels Version der Apartheid. Es ist das Instrument, mit dem Israel sowohl eine Trennung der Rechte institutionalisieren, als auch diese staatlich sanktionierte Trennung vor Außenstehenden verbergen kann. Es erlaubt Israel, verschiedenen Bürgern unterschiedliche Rechte, je nachdem, ob sie Juden oder Palästinenser sind, aber auf eine Weise, die einen zu offensichtlichen Vergleich mit der Apartheid in Südafrika vermeidet und das geht so.

Unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, genießen alle Bürger „Bürgerrechte“. In dieser Hinsicht ähnelt Israel, zumindest oberflächlich betrachtet, einer westlichen liberalen Demokratie. Beispiele für Bürgerrechte sind Gesundheitsfürsorge, Sozialhilfe, Wasserversorgung und Bildung – obwohl die Dinge, wie wir sehen werden, in der Regel viel komplexer sind, als es zunächst erscheint. In Wirklichkeit ist es Israel gelungen, selbst diese Bürgerrechte heimlich zu untergraben.

Betrachtet man die medizinische Versorgung, stellt man fest, dass obwohl alle Bürger Anspruch auf gleiche Gesundheitsversorgung haben, befinden sich Krankenhäuser und große medizinische Einrichtungen fast immer in jüdischen Gemeinden und sind wegen fehlender Verkehrsverbindungen zwischen palästinensischen und jüdischen Gemeinden, für palästinensische Bürger schwer zugänglich.

Palästinensischen Bürgern in abgelegenen Gemeinden, wie zum Beispiel im Negev (Naqab), wird oft der Zugang zu medizinischer Grundversorgung verwehrt und vor Kurzem stellte sich heraus, dass israelische Krankenhäuser heimlich jüdische und palästinensische Frauen in Entbindungskliniken trennen. Dr. Hatim Kanaaneh, ein palästinensischer Arzt in Israel, dokumentiert diese und viele andere Probleme der Gesundheitsversorgung in seinem Buch „A Doctor in Galilee“.

Wichtiger noch ist, dass Israel auch „nationale Rechte“ anerkennt und sie fast ausschließlich der jüdischen Bevölkerung vorbehält. **Nationale Rechte werden den Staatsbürgerschaftsrechten übergeordnet.** Wenn es also einen Konflikt zwischen dem nationalen Recht eines Juden und dem individuellen Bürgerrecht eines Palästinensers gibt, muss das nationale Recht von Beamten und Gerichten als vorrangig behandelt werden. In diesem Zusammenhang wies Israels rechte Justizministerin Ayelet Shaked im Februar 2018 darauf hin, dass Israel „gleiche Rechte für alle Bürger, jedoch nicht gleiche nationale Rechte“ gewährleisten sollte. Sie fügte hinzu: „Israel ist ein jüdischer Staat. Es ist nicht der Staat aller seiner Nationen“.

**Jüdisch und Französisch sind eindeutig keine äquivalenten Vorstellungen von Staatsbürgerschaft**

Das einfachste Beispiel dafür, wie diese Hierarchie der Rechte funktioniert, findet man in den israelischen Staatsbürgerschaftsgesetzen. Das Rückkehrgesetz legt ein nationales Recht für alle Juden fest, die sofortige Staatsbürgerschaft zu erlangen - ebenso wie die vielen anderen Rechte, die sich aus der Staatsbürgerschaft ergeben. Das Staatsbürgerschaftsgesetz hingegen schafft nur ein individuelles Bürgerrecht für Nichtjuden, kein nationales.

Im Gegensatz zu jüdischen Israelis können palästinensische Bürger ihre Staatsbürgerschaft nur „nach unten“ an ihre Nachkommen weitergeben, aber nicht „nach außen“, an Mitglieder ihrer Großfamilie, was in ihrem Fall Palästinenser, die 1948 zu Flüchtlingen wurden betraf. Meine Frau hat Verwandte, die durch die *Nakba* nach Jordanien verbannt wurden. Doch mit nur einem individuellen Recht auf Staatsbürgerschaft, kann sie keinen von ihnen zurückbringen nach Nazareth.

**Diese Unterscheidung ist genauso wichtig, um zu verstehen, wie Israel wichtige Ressourcen wie Wasser und Land zuteilt, z.B. Land. Israel hat fast das gesamte Territorium „verstaatlicht“, nämlich 93%. Palästinensische Gemeinden in Israel konnten weniger als 3 Prozent ihres Landes - meist bebaute Gebiete ihrer Städte und Dörfer - halten, nachdem sie durch staatliche Beschlagnahmungen mindestens 70% ihrer Besitztümer verloren.**

In den westlichen Demokratien ist es nicht ohne Beispiel, dass der Staat ein bedeutender Landbesitzer ist, auch wenn Israels Gesamtbesitz weitaus größer ist als der anderer Staaten. Aber Israel hat erfolgreich verschleiert, was diese „Verstaatlichung“ von Land eigentlich bedeutet. Da es keine anerkannte israelische Nationalität gibt, besitzt Israel das Land nicht im Namen seiner Bürger - wie es anderswo der Fall wäre. Es verwaltet nicht einmal das Land im Namen der jüdischen Bürger Israels. Stattdessen wird das Land für das jüdische Volk auf der ganzen Welt treuhänderisch verwaltet, unabhängig davon, ob jemand Bürger ist oder nicht, und ob er Teil von Israel sein will oder nicht.

In der Praxis erhalten Juden, die Häuser in Israel kaufen, langfristige Pachtverträge über ihr Eigentum von einer Regierungsbehörde, die als *Israel Lands Authority* bekannt ist. Der Staat betrachtet sie als Beschützer des Landes im Namen der Juden auf der ganzen Welt. Vor wem beschützen sie es? Von ihren ursprünglichen

Eigentümern. Die meisten dieser Ländereien, wie die in Tzipori, wurden enteignet und so entweder palästinensischen Flüchtlingen, oder palästinensischen Bürgern entzogen.

### **Eine demokratische Fassade**

Der politische Geograph Oren Yiftachel gehört zu der wachsenden Zahl israelischer Intellektueller, die die Einstufung Israels als eine liberale Demokratie oder gar jede Art von Demokratie ablehnen. Er beschreibt Israel als eine „Ethnokratie“, einen hybriden Staat, der vor allem für die dominante ethnische Gruppe eine demokratische Fassade schafft, um ihre wesentliche, undemokratische Struktur zu verbergen. Mit der Beschreibung der Ethnokratie Israels liefert Yiftachel eine komplexe Hierarchie der Staatsbürgerschaft, in der Nichtjuden ganz unten stehen.

Erwähnenswert ist, dass Israel keine Verfassung hat, sondern anstattdessen 11 Basisgesetze geschaffen. Die liberalste Komponente dieser Gesetzgebung, die 1992 verabschiedet wurde und den „Titel Freiheit und Menschenwürde“ trägt, wird manchmal als Israels *Bill of Rights* bezeichnet. Es verzichtet jedoch ausdrücklich darauf, einen Gleichheitsgrundsatz gesetzlich zu verankern. Stattdessen betont das Gesetz die Existenz Israels als „jüdischen und demokratischen Staat“ - ein Widerspruch, der von Israelis nur selten beleuchtet wird.

### **Israels ethnische Vorstellung von Nationalität ist eng mit den hässlichen ethnischen oder rassistischen Vorstellungen von Staatsbürgerschaft verbunden, die Europa vor einem Jahrhundert beherrschten**

Meir Shamgar, ein ehemaliger Richter am Obersten Gerichtshof, behauptete bekanntlich, dass Israel - als Nationalstaat des jüdischen Volkes - nicht weniger demokratisch sei, als Frankreich als Nationalstaat des französischen Volkes. Doch während es klar ist, wie man sich einbürgern kann, um Franzose zu werden, ist der einzige Weg, jüdisch zu werden, die religiöse Konversion. „Jüdisch“ und „Französisch“ sind eindeutig keine äquivalenten Vorstellungen von Staatsbürgerschaft.

Die Regierung Netanyahus hat versucht, ein 12. Basisgesetz zu formulieren. Sein Name ist aufschlussreich: Es erklärt Israel zum „Nationalstaat des jüdischen Volkes“. Nicht der Staat der israelischen Bürger oder sogar der israelischen Juden, sondern aller Juden der ganzen Welt, einschließlich jener Juden, die keine israelischen Bürger sind und kein Interesse daran haben, Bürger zu werden.

Dies erinnert an die Eigenartigkeit eines jüdischen Staates, der mit der Vorstellung einer zivilen Staatsbürgerschaft bricht, auf der liberale Demokratien beruhen. Israels ethnische Vorstellung von Nationalität ist eng mit den hässlichen ethnischen oder rassistischen Vorstellungen von Staatsbürgerschaft verbunden, die Europa vor einem Jahrhundert beherrschten (und die teilweise wiederbelebt werden). Diese exklusiven, aggressiven Vorstellungen von Volkseigenschaft führten zu zwei verheerenden Weltkriegen und lieferten die ideologische Rechtfertigung für eine Welle des Antisemitismus, die Europa heimsuchte und gipfelte im Holocaust.

**Wenn alle jüdischen „Staatsangehörigen“ in der Welt als Bürger Israels behandelt werden - echte oder potenzielle - was macht das aus Israels großer Minderheit von palästinensischen Bürgern, einschließlich**



meiner Frau und zwei Kindern? Es scheint, dass Israel sie als Gastarbeiter oder ansässige Ausländer betrachtet, die toleriert werden, solange ihre Anwesenheit das Jüdischsein des Staates nicht bedroht.

Die israelische Justizministerin, Ayelet Shaked, hat dieses Problem bei einer Debatte über das vorgeschlagene nationalstaatliche Grundgesetz im Februar implizit anerkannt. Sie sagte, Israel könne es sich nicht leisten, die universellen Menschenrechte zu respektieren: „Es gibt einen Ort, an dem man eine jüdische Mehrheit aufrechterhalten kann, selbst um den Preis der Verletzung von Rechten“.

Die Hierarchie der Staatsbürgerschaft die Yiftachel feststellt, macht klar, dass die israelische Staatsbürgerschaft das genaue Gegenteil von der Chancengleichheit ist, was formale Rechte angeht, die man in einer liberalen Demokratie erwarten würde.

Ein weiteres wichtiges Gesetz, das Absentee Property Law (Gesetz des Eigentums Abwesender) von 1950, entzog allen palästinensischen Flüchtlingen des Krieges von 1948 ihr Recht auf jegliches Eigentum, das sie vor der *Nakba* besessen hatten. Alles wurde beschlagnahmt - Land, Getreide, Gebäude, Fahrzeuge, landwirtschaftliche Geräte, Bankkonten - und ging in das Eigentum Israels über, ging an jüdische Institutionen oder jüdische Bürger unter Verletzung des Völkerrechts.

Das Absentee Property Law galt gleichermaßen für palästinensische Staatsbürger Israels, wie die von Saffuriya, die in Nazareth gelandet sind, wie für palästinensische Flüchtlinge außerhalb der anerkannten Grenzen Israels. Es wird sogar davon ausgegangen, dass jeder vierte Palästinenser durch den Krieg von 1948 vertrieben wurde. In der orwellschen Terminologie des Absentee Property Law werden diese Flüchtlinge als „anwesende Abwesende“ klassifiziert - anwesend in Israel, jedoch nicht in ihren früheren Häusern. Trotz ihrer Staatsbürgerschaft haben solche Palästinenser nicht mehr Rechte, nach Hause zurückzukehren oder ihr Eigentum zurückzufordern, als die Flüchtlinge in Lagern im Libanon, Syrien und Jordanien.

### **Segregation von Wohnbereichen**

Obwohl Tzipori auf Land gebaut wurde, das von Palästinensern enteignet wurde - einige von ihnen sind israelische Staatsbürger, die in der Nähe von Nazareth leben -, befindet sich nicht eines seiner etwa 300 Häuser, oder seiner Dutzend Bauernhöfe im Besitz eines palästinensischen Bürgers. Tatsächlich ist es keinem palästinensischen Staatsbürger Israels erlaubt worden, in Tzipori zu leben oder gar ein Haus zu mieten, auch sieben Jahrzehnte nach der Gründung Israels nicht.

**Ein Jude aus Brooklyn hat mehr Landrechte in Israel als ein palästinensischer Staatsbürger Israels**

Tzipori ist keinesfalls einzigartig. Es gibt etwa 700 ähnliche ländliche Gemeinden, die in Israel als kooperative Gemeinden bekannt sind. Jede ist und soll ausschließlich jüdisch sein und den palästinensischen Bürgern Israels das Recht verweigern, in ihnen zu leben.

Diese ländlichen Gemeinden kontrollieren den Großteil der 93% des Landes, das „verstaatlicht“ wurde, und stellen damit sicher, dass es für das Fünftel der israelischen Bevölkerung, der nicht jüdisch ist, tabu bleibt.

Wie wird dieses System der ethnischen Wohnsegregation durchgesetzt? Die meisten kooperativen Gemeinschaften wie Tzipori führen ein Überprüfungsverfahren über ein „Zulassungskomitee“ durch, das sich aus Vertretern quasi-staatlicher Einrichtungen wie der Jewish Agency, dem Jewish National Fund und der World Zionist Organization zusammensetzt, die dazu da sind, die Interessen des Weltjudentums und nicht

der israelischen Bürger zu vertreten. Diese Organisationen - faktisch Interessengruppen, die einen besonderen, geschützten Status als Handlungsbevollmächtigte des israelischen Staates genießen - sind selbst eine grobe Verletzung der Prinzipien einer liberalen Demokratie. So hat der Staat zum Beispiel dem Jüdischen Nationalfonds, dessen Satzung ihn verpflichtet, Juden zu favorisieren, den Besitz von 13 Prozent des israelischen Territoriums zugesprochen. Ein Jude aus Brooklyn hat mehr Landrechte in Israel als ein palästinensischer Staatsbürger Israels.

Für die längste Zeit der israelischen Geschichte gab es wenig Grund, zu verbergen, was die Zulassungskommissionen taten. Niemand bemerkte es. Hätte sich ein Palästinenser aus Nazareth um ein darum beworben in Tzipori zu leben, hätte das Zulassungskomitee den Antragsteller einfach mit der Begründung abgelehnt, er sei „Araber“. Doch dieser effektive Mechanismus, die palästinensischen Bürger von ihrem historischen Heimatland fernzuhalten, wuchs sich vor zwei Jahrzehnten zu einer Krise aus, als der Fall der Familie Kaadan begann, sich durch das israelische Gerichtssystem zu arbeiten.

### Das Planungs- und Baugesetz von 1965 schafft ghettoähnliche Bedingungen für palästinensische Gemeinden

Adel Kaadan lebte in einer sehr armen palästinensischen Gemeinde namens Baqa al-Gharbiyya, südlich von Nazareth, buchstäblich einen Steinwurf vom Westjordanland entfernt. Kaadan hatte einen guten Job als leitender Pfleger im nahe gelegenen Krankenhaus von Hadera, wo er regelmäßig jüdische Patienten behandelte und gelegentlich half, das Leben israelischer Soldaten zu retten, erzählte er mir, als ich ihn Anfang der 2000er Jahre interviewte.

Er nahm an, das sollte ihn dazu berechtigen, in einer jüdischen Gemeinde zu leben. Kaadan erschien mir ebenso stur wie naiv - eine Kombination, die ihn weit gebracht hatte und Israel eine Menge Rechts- und Reputationsprobleme bereitete.

Entschlossen, seinen drei jungen Töchtern die besten Möglichkeiten zu geben, hatte Kaadan der Familie eine beeindruckende Villa in Baqa al-Gharbiyya gebaut. Während ich mit ihm Kaffee trank, spielte eine seiner Töchter Klavier mit einem Können, das darauf hindeutet, dass sie einen Privatlehrer hatte. Aber Kaadan war zutiefst unzufrieden mit seinem Schicksal. Sein Haus war beeindruckend und schön, aber Baqa war es nicht. Sobald die Familie aus ihrem Haus trat, musste sie in die Realität des palästinensischen Lebens in Israel eintauchen. Kaadan war der Beweis, dass es für einige palästinensische Bürger möglich war, wenn sie entschlossen genug waren und Glück hatten, die vielen Hindernisse zu überwinden, die ihnen in den Weg gelegt wurden, persönlichen Erfolg zu haben, doch sie konnten sich nicht so leicht der kollektiven Armut ihrer Umgebung entziehen.

Wie viele andere palästinensische Bürger war auch Kaadan von einem weiteren Gesetz betroffen: dem Planungs- und Baurecht von 1965. Es förderte ein Kernziel des Zionismus: „Judaisierung“ von so viel Land wie möglich. Dies wird vor allem auf zwei Arten erreicht. Erstens wurden Gemeinden in Israel nur dann vom Staat anerkannt, wenn sie im Planungsgesetz aufgeführt sind. Obwohl fast 200 palästinensische Gemeinden die *Nakba* überlebt hatten, erkannte das Gesetz nur 120 von ihnen an.

Die aus israelischer Sicht problematischsten Gemeinden waren die verstreuten Beduinendörfer in den abgelegenen, staubigen Hügeln der Halbwüste Negev oder Naqab im Süden Israels, die ca. 60% des Territoriums des Landes ausmacht. Ihre großen, unzugänglichen Gebiete hatten es zum bevorzugten Standort für geheimnisvolle Militärstützpunkte und das israelische Atomprogramm gemacht. Israel wollte

die Beduinen von ihrem historischen Land vertreiben, und das Planungsgesetz war der ideale Weg dazu - indem es ihre Dörfer nicht anerkannte. Heute sind die Bewohner dutzender „nicht anerkannter Dörfern“ - in denen fast ein Zehntel der palästinensischen Bevölkerung in Israel lebt - für den Staat unsichtbar, außer wenn es um die Durchsetzung von Planungsvorschriften geht. Die Dorfbewohner leben ohne Strom, Wasser und Straßen. Alle Häuser, die sie bauen, erhalten sofort eine Abrissverfügung, was viele dazu zwingt, in Zelten oder Blechhütten zu leben. Israels Ziel ist es, die Beduinen zu zwingen, ihre ländliche Lebensweise und Traditionen aufzugeben und in überfüllte, staatlich gebaute Townships umzuziehen, die mit Abstand die ärmsten Gemeinden in Israel sind.

Das Planungs- und Baugesetz von 1965 schafft nicht nur die nicht anerkannten Dörfer, sondern auch ghettoähnliche Bedingungen für anerkannte palästinensische Gemeinden. Es verursacht Wohnsegregation, indem es die große Mehrheit der palästinensischen Bürger auf die 120 palästinensischen Gemeinschaften in Israel beschränkt, die offiziell gelistet sind, und dann ihren Raum für Wachstum und Entwicklung eng begrenzt. Selbst palästinensische Bürger, die in einer Handvoll sogenannter „gemischter Städte“ leben - palästinensische Städte, die nach der *Nakba* weitgehend „judaisiert“ wurden - wurden in ihre eigenen diskreten Viertel am Rande des städtischen Lebens gezwungen.

Das Planungsgesetz zog auch eine Reihe von blauen Linien um alle Gemeinden in Israel und bestimmte deren Ausdehnungsgebiet. Den jüdischen Gemeinden wurden bedeutende Landreserven zugeteilt, während die blauen Linien um die palästinensischen Gemeinden vor einem halben Jahrhundert stets in die Nähe der bebauten Fläche gezogen wurden. Obwohl die palästinensische Bevölkerung Israels seither um das Sieben- bis Achtfache gewachsen ist, hat sich ihr Raum für Erweiterungen kaum verändert, was zu einer massiven Überlastung geführt hat. Dieses Problem wird noch dadurch verschärft, dass Israel seit 1948 keine einzige neue palästinensische Siedlung gebaut hat.

Wie den anderen 120 überlebenden palästinensischen Gemeinden in Israel wurden Baqa Ressourcen wie Land, Infrastruktur und Dienstleistungen vorenthalten. Es gab keine Parks oder Grünflächen, in denen die Kaadan-Kinder spielen konnten. Außerhalb ihrer Villa gab es keine Bürgersteige, und bei heftigen Regenfällen stieg ungeklärtes Abwasser aus den unzureichenden Abflüssen, um floß über ihre Schuhe. Israel hatte das gesamte Land Baqa'as beschlagnahmt, das zukünftiger Entwicklung gedient hätte, so dass sich auf allen Seiten Häuser um sie herum drängten, die oft ohne Baugenehmigung gebaut wurden, die ohnehin fast unmöglich zu bekommen waren. Illegale Stromanschlüsse versperrten die Sicht noch weiter. Bei unzuverlässiger Müllabfuhr verbrannten die Familien ihren Müll oft in nahe gelegenen Müllcontainern.

Adel Kaadan hatte es sich zum Ziel gesetzt, irgendwo besser zu leben - und das bedeutete den Umzug in eine jüdische Gemeinde. Als Israel mit dem Verkauf von Baugrundstücken in Katzir begann, einer kleinen jüdischen Genossenschaft, die sich teilweise auf Baqas beschlagnahmtem Land befand, reichte Kaadan seinen Antrag ein. Als es abgelehnt wurde, weil er ein "Araber" war, wandte er sich an die Gerichte.

Im Jahr 2000 kam der Fall der Kaadans beim Obersten Gerichtshof des Landes an. Aharon Barak, der Präsident des Gerichts, der die Klage anhörte, war der liberalste und angesehenste Richter in der Geschichte Israels. Aber der Fall der Kaadans war zweifellos der unwillkommenste, den er je entschieden hat. Es brachte einen leidenschaftlichen Zionisten wie ihn in eine unmögliche Situation.

Einerseits gibt es in Israel keine Praxis, die deutlicher an Apartheid erinnerte als die der von Zulassungskomitees erzwungenen ethnischen Ausgrenzung. Dies war nichts, was Barak sich leisten konnte, es

aufrechtzuerhalten. Schließlich war er regelmäßiger Dozent an den juristischen Fakultäten von Yale und Harvard, wo er gefeiert wurde, und oft von liberalen Kollegen am Obersten Gerichtshof der USA als ein wichtiger Einfluss auf ihre eigene Arbeit zitiert wurde.

Aber während er nicht zu Gunsten von Katzir entscheiden konnte, wagte er es gleichzeitig auch nicht, zu Gunsten der Kaadans zu urteilen. Eine solche Entscheidung würde den Kerngedanken eines zionistischen jüdischen Staates untergraben: die Judaisierung von so viel Territorium wie möglich. Es würde einen rechtlichen Präzedenzfall schaffen, der anderen palästinensischen Bürgern die Türen öffnet und es ihnen ermöglichen würde, ebenfalls in hunderte von exklusiv jüdischen Gemeinden zu ziehen.

### **Getrennte Kindheiten**

Barak verstand, dass auch vieles andere auf dem Prinzip der Wohnsegregation basiert. Auch Grund- und Sekundarschulbildung sind getrennt - und weitgehend durch die Trennung beim Wohnen gerechtfertigt. Jüdische Kinder besuchen hebräischsprachige Schulen in jüdischen Gebieten; palästinensische Kinder in Israel besuchen arabischsprachige Schulen in palästinensischen Gemeinden. (Es gibt nur eine Handvoll privater zweisprachiger Schulen in Israel.)

### **Israelische Juden lehnen gemischte Ehen als Rassenmischung offen ab**

Diese getrennte Schulbildung stellt sicher, dass die Bildungsressourcen für jüdische Bürgerinnen und Bürger priorisiert sind. Arabische Schulen sind extrem unterfinanziert und ihr Lehrplan wird von den Behörden streng kontrolliert, wie das *Nakba*-Gesetz von 2011 beispielhaft zeigt.

Die öffentliche Finanzierung jeder Schule oder Institution ist bedroht, wenn über das Schlüsselereignis der modernen palästinensischen Geschichte gelehrt wird. Zusätzlich wurden Lehrerstellen in arabischen Schulen schon immer durch den Shin Bet, Israels Geheimpolizei, bestimmt, um Spitzel und eine Atmosphäre des Misstrauens in Klassenzimmern und Gemeinschaftsräumen zu schaffen.

Ein zusätzlicher Nutzen für Israel ist, dass palästinensische und jüdische Bürger fast keine Chance haben, sich zu treffen, bis sie das Erwachsenenalter erreicht haben. Es ist leicht, den Anderen zu fürchten, wenn man keine Erfahrung mit ihm hat. Der Erfolg dieser Segregation lässt sich an gemischten Ehen zwischen jüdischen und palästinensischen Bürgern messen. 2011, als die israelischen Behörden zuletzt Statistiken veröffentlichten, gab es nur 19 solcher Ehen oder 0,03%. Israelische Juden lehnen gemischte Ehen als „Rassenmischung“ offen ab.

Tatsächlich verbietet Israel solche Ehen innerhalb Israels. Gemischte Paare sind gezwungen, ins Ausland zu reisen und dort zu heiraten - typischerweise in Zypern - und beantragen, dass die Ehe bei ihrer Rückkehr anerkannt wird. Insbesondere das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Apartheid von 1973, listet Maßnahmen, die Mischehen untersagen, als Apartheid-Verbrechen auf.

Die Wohngebiete-Trennung hat es auch möglich gemacht, dass die jüdischen Gemeinden viel reicher und besser ausgestattet sind, als die palästinensischen. Obwohl das Einkommen aller Bürger besteuert wird, sind öffentlich geförderte Bauprogramme überwiegend auf die Bereitstellung von Wohnungen für jüdische Familien in jüdischen Gebieten ausgerichtet. **In sieben Jahrzehnten wurden hunderte von jüdischen Siedlungen vom Staat gebaut, mit Straßen, Bürgersteigen und öffentlichen Parks, mit Häusern, die automatisch an das Wasser-, Strom- und Abwassernetz angeschlossen sind. Alle diese Gemeinden sind auf**

„Staatsland“ gebaut, das in den meisten Fällen von palästinensischen Flüchtlingen und palästinensischen Bürgern enteignet wurde.

Nach den Beschlagnahmungswellen des Staates befinden sie sich auf den Resten von privatem palästinensischem Land. Im Gegensatz dazu, wurde im selben Zeitraum keine neue arabische Gemeinde geschaffen. Und die 120 anerkannten palästinensischen Gemeinden wurden weitgehend allein gelassen. Nachdem die palästinensischen Gemeinden dazu beigetragen haben, Wohnungs- und Bauprogramme für Millionen jüdischer Einwanderer zu subventionieren, mussten sie meist ihr eigenes Geld aufbringen, um grundlegende Infrastruktur, einschließlich Wasser- und Abwassersysteme, zu installieren.

Getrennte Flächennutzungsgebiete und getrennte Planungskomitees erlauben es Israel, viel strengere Vorschriften für palästinensische Gemeinden durchzusetzen, Baugenehmigungen zu verweigern und Abrissanordnungen durchzuführen. Rund 30.000 Häuser sollen in Galiläa illegal gebaut worden sein, fast alle in palästinensischen Gemeinden.

**Die Segregation der Wohngebiete hat es Israel auch ermöglicht, hunderte von „National Priority Areas“ zu schaffen, die bevorzugt Mittel aus dem Staatshaushalt erhalten**

Ebenso fließt der größte Teil des Staatshaushalts für lokale Behörden, sowie für Unternehmensinvestitionen in jüdische als in palästinensische Gemeinden. Hier werden Industriegebiete und Fabriken gebaut, um den jüdischen Bürgern mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten und die kommunalen Kassen der jüdischen Gemeinden mit Gewerbesteuern aufzufüllen. Auch ein „Ausgleichszuschuss“ der Zentralregierung, der den ärmsten Kommunen helfen soll, indem er die Einkommenssteuer zu ihren Gunsten umverteilt ist ungleich verteilt.

Obwohl die palästinensischen Gemeinden durchweg die ärmsten in Israel sind, erhalten sie in der Regel ein Drittel des Ausgleichszuschusses, den die jüdischen Gemeinden erhalten.

Die Segregation der Wohngebiete hat es Israel auch ermöglicht, hunderte von „National Priority Areas“ (NPAs) zu schaffen, die bevorzugt Mittel aus dem Staatshaushalt erhalten, einschließlich zusätzlicher Mittel für lange Schultage. Die israelischen Behörden weigern sich selbst den Gerichten mitzuteilen, nach welchen Kriterien diese vorrangigen Bereiche festgelegt werden, denn sie beruhen eindeutig nicht auf sozio-ökonomischen Erwägungen. Unter 557 NPAs, die zusätzliche Gelder für Schulen erhielten, waren nur vier kleine palästinensische Gemeinden. Man kann davon ausgehen, dass diese nur deshalb aufgenommen wurden, um Vorwürfe zu vermeiden, dass die NPAs ausschließlich dazu bestimmt sind, jüdische Gemeinden zu unterstützen.

Die Wohnsegregation wird in ähnlicher Weise dazu genutzt, um sicherzustellen, dass die Einteilung im Bereich des Tourismus vor allem den jüdischen Gemeinden zugute kommt. Dies erforderte sorgfältige Planung, da ein Großteil des Tourismus nach Israel christliche Pilgerreisen sind. Im Norden ist Nazareth mit seiner Verkündigungsbasilika das Hauptwallfahrtsziel, wo der Engel Gabriel Maria angeblich verkündete, dass sie mit dem Sohn Gottes schwanger sei. **Doch Israel hat dafür gesorgt, dass die Stadt nicht zu einem Zentrum des Tourismus zu machen: Die Einnahmen aus dem Zustrom von Pilgern würden Nazareth finanziell unabhängig machen und ein längerer Aufenthalt von Touristen in der Stadt, würde sie der palästinensischen Geschichte aussetzen.** Stattdessen wurde am See Genezareth, im nahe gelegenen Tiberias, eine touristische Prioritätszone eingerichtet. Tiberias ist eine ehemals palästinensische Stadt, die während

der *Nakba* ethnisch gesäubert wurde und heute eine jüdische Stadt ist. Seit Jahrzehnten werden Investoren dazu ermutigt, Hotels und touristische Einrichtungen in Tiberias zu bauen, um sicherzustellen, dass die meisten Busladungen an Pilgern, nur durch Nazareth fahren und dort eine kurze, einstündige Pause einlegen, um die Basilika zu besuchen.

Obwohl Nazareth in den späten 1990er Jahren - rechtzeitig zum Papstbesuch für die Jahrtausendwende - mit großer Verspätung touristische Priorität erhielt, hat sich in der Praxis wenig geändert. Die Stadt ist so knapp an Land, dass es fast keinen Platz für Hotels gibt. Die, die gebaut wurden, befinden sich meist in den Außenbezirken der Stadt, wo die Pilger weniger mit den palästinensischen Bewohnern in Berührung kommen.

Ebenfalls vorteilhafter für jüdische Kommunen als für palästinensische sind öffentliche Verkehrsverbindungen. *Egged*, Das nationale Busunternehmen und Hauptanbieter von öffentlichen Verkehrsmitteln in Israel, hat ein ausgedehntes Netz von Busverbindungen zwischen jüdischen Gebieten etabliert, das die Einbindung jüdischer Bürger in die Wirtschaft sicherstellt. So können sie die wichtigsten Städte, Fabriken und Industriegebiete einfach und kostengünstig erreichen. In palästinensische Gemeinden kommen jedoch nur selten *Egged*-Busse, wodurch ihren Bewohnern Beschäftigungsmöglichkeiten vorenthalten werden. In Verbindung mit dem Mangel an Betreuungsangeboten für Kleinkinder erklärt dies, warum palästinensische Frauen in Israel seit langem mit unter 20% eine der niedrigsten Beschäftigungsquoten in der arabischen Welt haben.

Auch bei der Gewährleistung von Sicherheit und Schutz wurden die palästinensischen Gemeinschaften diskriminiert. Im vergangenen November gab die Regierung zu, dass es in den palästinensischen Gemeinden, sogar in den Schulen, keine ausreichenden öffentlichen Schutzräume gegen Raketenangriffe und Erdbeben gibt. Die Beamten sträubten sich offenbar gegen die hohen Kosten für die Bereitstellung von Schutzräumen und wichen dem Problem der Freigabe von Land in den palästinensischen Gemeinden aus, um diese zu errichten. Israel weigert sich auch, Polizeistationen in palästinensischen Gemeinden einzurichten, was zu einer Explosion der Kriminalität geführt hat.

Im Dezember wies der palästinensische Abgeordnete Yousef Jabareen darauf hin, dass es 2017, in seiner Heimatstadt Umm al-Fahm, 381 Schießereien gegeben habe, jedoch nur eine einzige Anklage. Er sagte, die Einwohner der Stadt seien zu „Geiseln in den Händen einer kleinen Gruppe von Kriminellen“ geworden.

Auf all diese unterschiedlichen Weisen, hat Israel dafür gesorgt, dass die palästinensischen Gemeinden wesentlich ärmer bleiben, als die jüdischen Gemeinden. Im Dezember 2017 ergab eine Studie, dass die reichsten Gemeinden in Israel - alle jüdisch - von der Regierung fast viermal mehr Mittel für Sozialausgaben erhielten, als die ärmsten Gemeinden - alle palästinensisch.

Einen Monat zuvor berichtete die Bank von Israel, dass nur 2% aller Hypotheken auf palästinensische Bürger entfielen, was ein Zeichen dafür ist, wie schwierig es für sie ist, Kredite zu sichern, und sie mussten höhere Zinsen für die Kredite bezahlen.

Unter den 35 Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat Israel die höchste Armutsquote. Dies liegt vor allem an der hohen Rate unter den palästinensischen Bürgern, die noch verstärkt werden durch die selbstverschuldete Armut der ultra-orthodoxen Gemeinschaft Israels, bei der sich die meisten Männer weigern zu arbeiten, weil sie religiöse

Studien bevorzugen. Als Beweis dafür, wie Israel die Sozialausgaben zugunsten armer Juden wie der ultra-orthodoxen und nicht palästinensischer Bürger verschoben hat, lebt nur ein Fünftel der jüdischen Kinder unterhalb der Armutsgrenze, verglichen mit zwei Dritteln der palästinensischen Kinder in Israel.

### „Sozial ungeeignet“

Zurück am Obersten Gerichtshof kämpfte Aharon Barak noch immer mit der widersprüchlichen Last der zionistischen Geschichte und den Erwartungen der amerikanischen juristischen Hochschulen. Der Richter verstand, dass er bei dem Urteil schummeln musste. Er musste sich auf die Seite der Kaadan-Familie stellen, ohne tatsächlich zu ihren Gunsten zu entscheiden und damit einen rechtlichen Präzedenzfall zu schaffen, der es anderen palästinensischen Familien ermöglichen würde, den selben Weg zu beschreiten. Deshalb ordnete er an, dass Katzir seine Entscheidung überdenken müsse und warnte davor, dass er die Familie nicht aus religiösen oder nationalen Gründen fernhalten könne. **Die jüdische Gemeinde überdachte ihre Politik, aber nicht zugunsten Baraks. Katzir antwortete, dass sie die Kaadans nicht mehr ablehnten, weil sie Araber, sondern weil sie „sozial ungeeignet“ seien. Barak wusste, dass auch dies in Yale oder Harvard nicht gut ankommen würde - es klang zu offensichtlich wie ein Kode für „Araber“. Deshalb wies er Katzir an, mit einer anderen Entscheidung bezüglich der Kaadans zurückzukommen.**

Der Fall und einige andere ähnlich gelagerte zogen sich über Jahre hin, und das Gericht zögerte, eine Präzedenzfallentscheidung zu treffen. Hintenherum, erhielt Adel Kaadan schließlich ein Grundstück von Katzir. Unbeirrt begannen Gemeinden in ganz Galiläa, lokale Statuten zu verabschieden - und bestanden auf einem Kriterium der „sozialen Eignung“ für Antragsteller -, um jeder Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zugunsten der palästinensischen Familien vorzugreifen, die an ihre Türen klopfen könnten.

**Als das Parlament die Gesetzgebung billigte, erschienen Berichte in den westlichen Medien, die dies als „Apartheidgesetz“ bezeichneten. Sie ignorierten dabei die Tatsache, dass dies in Israel seit mehr als 60 Jahren üblich ist.**

Bis 2011 sah es so aus, als ob dem Obersten Gerichtshof die Optionen ausgehen würden und er über die Rechtmäßigkeit der Zulassungsausschüsse entscheiden müsste. An diesem Punkt sprang die Regierung von Benjamin Netanyahu ein, um dem Gericht zu helfen. Es gab keine gesetzliche Grundlage für die Zulassungsausschüsse; sie waren lediglich eine Verwaltungspraxis, die von all diesen hunderten von jüdischen Kooperationsgemeinschaften befolgt wurde.

Daher hat die Netanyahu-Regierung in diesem Jahr ein Zulassungsausschuss-Gesetz durchgesetzt. Sie stellte die Ausschüsse endlich auf eine gesetzliche Grundlage, machte sie aber auch erstmals peinlich sichtbar.

Als das Parlament die Gesetzgebung billigte, erschienen Berichte in den westlichen Medien, die dies als „Apartheidgesetz“ bezeichneten. Sie ignorierten dabei die Tatsache, dass dies in Israel seit mehr als sechs Jahrzehnten üblich war. Eine Petition der NGO *Adalah* gegen das neue Gesetz, erreichte den Obersten Gerichtshof im Jahr 2014. Barak war inzwischen pensioniert.

Aber im Einklang mit seiner Abneigung gegen ein Urteil, das die rassistischen Grundlagen Israels als jüdischen Staat in Frage stellen könnte, fällten die Richter auch weiterhin keine Entscheidung. Sie argumentierten, dass das Gesetz für das Gericht zu neu sei, um festzustellen, wie sich die Zulassungsaus-

schüsse in der Praxis auswirken würden - oder in der Sprache der Richter, weil das Gesetz noch nicht „reif“ für eine Urteilsbildung sei. **Das Reifeargument war schwer zu schlucken, da die Wirkung der Zulassungskomitees bei der Durchsetzung der Wohnort-Apartheid nach so vielen Jahrzehnten nur allzu offensichtlich war.** Dennoch beunruhigte die von den Kaadans eingeleitete juristische Anfechtung viele in der israelischen Führung. Im Februar 2018 bezog sich Justizministerin Ayelet Shaked auf den Fall und mahnte, dass es im Streit darüber, ob es für eine jüdische Gemeinde in Ordnung sei, per Definition nur jüdisch zu sein, die Antwort lauten sollte: „Ja, es ist in Ordnung“.

## **Zwei Formen der Apartheid**

Es ist an der Zeit, die Natur des von Israel geschaffenen Apartheidregimes genauer zu untersuchen - und wie es das Wesen der südafrikanischen Apartheid widerspiegelt, ohne sie genau zu reproduzieren.

In der Nähe des Waldes, der über den Ruinen der palästinensischen Häuser von Saffuriya gepflanzt wurde, befindet sich ein zweistöckiger Steinbau, auf dessen Dach eine israelische Flagge flattert. Es ist das einzige palästinensische Haus, das 1948 nicht zerstört wurde. Später wurde es von jüdischen Einwanderern bewohnt und dient heute als kleines Gästehaus, bekannt als *Tzipori Village*. Hauptkunden sind israelische Juden aus dem dichten, städtischen Zentrum des Landes, die ein Wochenende auf dem Land verbringen wollen.

Wissenschaftler haben zwischen zwei Formen der südafrikanischen Apartheid unterschieden. Die erste war die, die sie „triviale“ oder „kleine“ Apartheid nannten, obwohl die „sichtbare“ Apartheid die betreffende Art der Segregation genauer bezeichnet. Es war die Art von Segregation, die jedem Besucher auffielen: separate Parkbänke, Busse, Restaurants, Toiletten und so weiter. Israel hat darauf geachtet, diese sichtbare Form der Segregation zu vermeiden, da es sich bewusst ist, dass die meisten Menschen dies als „Apartheid“ bezeichnen, obwohl, wie wir gesehen haben, das Leben in Israel für jüdische und palästinensische Bürger stark getrennt ist. Wohnorte sind fast immer getrennt, ebenso wie die Grund- und Sekundarschulbildung, sowie ein Großteil der Wirtschaft. Einkaufszentren, Restaurants und Toiletten sind jedoch nicht getrennt für jüdische und palästinensische Bürger.

**Dieselben Wissenschaftler beziehen sich auf die „große“ oder „Ressourcen“-Apartheid, die sie als für wesentlich integraler für das politische Projekt der Apartheid in Südafrika halten. Dies ist eine Segregation in Bezug auf die wichtigsten materiellen Ressourcen des Staates, wie Land, Wasser und Bodenschätze.** Israel hat in ähnlicher Weise sorgfältig darauf geachtet, die wichtigsten materiellen Ressourcen getrennt zu halten, um sie nur für die jüdische Mehrheit zu sichern. Dies geschieht durch die Schaffung von hunderten von ausschließlich jüdischen Gemeinden wie Tzipori.

Wie bereits erwähnt, ist fast das gesamte israelische Territorium in diesen kooperativen Gemeinschaften gesichert. Im Einklang mit dem zionistischen Slogan, die Wüste zum blühen zu bringen, hat Israel auch die kommerzielle Nutzung von Wasser auf landwirtschaftliche Gemeinschaften wie den Kibbuz und Moshav beschränkt. Diesen wird subventioniertes Wasser zur Verfügung gestellt, was den palästinensischen Gemeinden verweigert wird, indem die kommerzielle Nutzung von Wasser als nationales Recht nur für Juden behandelt wird.

Ein Gedankenexperiment mit dem Gästehaus *Tzipori Village* veranschaulicht, wie Israel Apartheid praktiziert, die sich nur unwesentlich von der südafrikanischen Variante unterscheidet. Wäre dieses Gästehaus in einer weißen Gemeinde in Südafrika gewesen, hätte kein schwarzer Bürger darin übernachten



dürfen, selbst wenn der Besitzer kein Rassist gewesen wäre. Das südafrikanische Gesetz hätte es verboten. Aber in Israel kann jeder Bürger im Dorf Tzipori übernachten, Jude und Palästinenser gleichermaßen, auch wenn der Besitzer rassistisch ist und palästinensische Bürger ablehnt.

Aber - und das ist entscheidend - Tziporis Zulassungskomitee würde einem palästinensischen Bürger niemals erlauben, das Gästehaus oder irgendein Haus im Moshav zu kaufen oder sogar ein Haus dort zu mieten. Das Recht eines palästinensischen Bürgers, eine Nacht im Dorf Tzipori zu verbringen, ist „trivial“ oder „klein“ im Vergleich zu Israels weitreichendem Ausschluss aller palästinensischen Bürger von fast dem gesamten Territorium des Landes. Das ist der Punkt, den die Gelehrten der südafrikanischen Apartheid bei der Unterscheidung zwischen den beiden Formen der Apartheid hervorheben. **In diesem Sinne ist die Apartheid Israels nicht identisch mit der Südafrikas, aber sie ist ein enger Verwandter oder Cousin.**

Dieser Unterschied zeigt sich auch im Wahlrecht. Die Tatsache, dass alle israelischen Bürger - Juden und Palästinenser - Stimmrecht haben und ihre eigenen Vertreter wählen, wird von den Anhängern Israels oft als Beweis dafür angeführt, dass Israel ein normales demokratisches Land ist und daher kein Apartheidstaat sein kann. Es gibt jedoch offensichtliche Probleme mit dieser Behauptung.

Wir können den Unterschied verstehen, wenn wir uns noch einmal mit Südafrika beschäftigen. Die südafrikanische Apartheid nahm ihre Form an, weil eine weiße Minderheit, die entschlossen war, ihre Privilegien zu bewahren. Es konnte es sich nicht leisten, ihnen das Stimmrecht zu geben, denn jeder Anschein von Demokratie hätte die Macht an die schwarze Bevölkerung übergeben und die Apartheid beendet.

**Der palästinensische Abgeordnete Ahmed Tibi formulierte es so: „Israel ist ein demokratischer Staat für jüdische Bürger und ein jüdischer Staat für arabische Bürger“.**

Israel hingegen schaffte es, die Demografie radikal zu verändern, indem es 1948 die große Mehrheit der Palästinenser vertrieb. Der Ausschluss der meisten Palästinenser aus ihrer Heimat durch das Staatsbürgerschaftsgesetz und die offene Tür-Politik für Juden, nach Israel zu kommen, die durch das Rückkehrgesetz geschaffen wurde, sicherte Israel die Möglichkeit, dauerhaft eine „jüdische Ethnokratie“ zu schaffen.

Der israelisch-palästinensische Politologe Asad Ghanem bezeichnet die palästinensische Wahlmöglichkeit als „rein symbolisch“. Man kann verstehen, warum, wenn man die ersten beiden Jahrzehnte betrachtet, als palästinensische Bürger unter Militärherrschaft in Israel lebten.

Damals sahen sie sich größeren Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit gegenüber als die Palästinenser im Westjordanland heute. Selbst für Israels eifrigste Anhänger wäre es unmöglich, Israel als Demokratie für seine palästinensischen Bürger, während der Zeit als sie unter Militärherrschaft standen, zu bezeichnen.

Und doch wurden den Palästinensern in Israel rechtzeitig zu den ersten Parlamentswahlen 1949 das Wahlrecht gegeben und sie haben während der gesamten Zeit der Militärregierung gewählt. Mit anderen Worten, das Recht zu wählen kann eine notwendige Voraussetzung für ein demokratisches System sein, aber es ist bei weitem nicht ausreichend.

Tatsächlich werden die Juden in Israels tribalistischen politischem System dazu ermutigt zu glauben, dass sie nur für jüdische zionistische Parteien stimmen sollen, die das Apartheid-System unterstützen, das wir gerade analysiert haben. Das lässt den palästinensischen Bürgern keine andere Wahl, als für die konkurrierenden palästinensischen Parteien zu stimmen. Die eine große jüdisch-arabische Partei, die Kommunisten, war in den ersten Jahren Israels eine bedeutende politische Kraft unter den israelischen Juden. Heute machen sie nur einen winzigen Bruchteil ihrer Unterstützer aus und die palästinensischen Bürger dominieren die Partei.

Diese stammesbezogene Politik hindert die Palästinenser daran, auch nur den geringsten Zugang zur Macht zu erhalten. Das Wahlsystem Israels hat zu unzähligen kleinen Parteien im israelischen Parlament, der Knesset, geführt. Alle jüdischen Parteien haben zu verschiedenen Zeiten an der Regierung teilgenommen. Doch die palästinensischen Parteien wurden noch nie aufgefordert, sich an einer Regierung zu beteiligen, noch hatten sie je erhebliche Auswirkungen auf den Gesetzgebungsprozess. Das politische System Israels mag es den palästinensischen Bürgern erlauben zu wählen, doch sie haben keinerlei politischen Einfluss.

Darum kann es sich Israel leisten, sie wählen zu lassen, weil es weiß, dass dies niemals eine tyrannische jüdische Mehrheitsherrschaft stören wird.

Der palästinensische Abgeordnete Ahmed Tibi hat es so formuliert: „Israel ist ein demokratischer Staat für jüdische Bürger und ein jüdischer Staat für arabische Bürger“.

### **„Subversive“ Forderung nach Gleichheit**

Doch mehr und mehr wird jede palästinensische Präsenz in der Knesset von den jüdischen Parteien Israels als zu viel angesehen. Als der Oslo-Prozess Ende der 90er Jahre eingeleitet wurde, einigten sich die israelische und die palästinensische Führung darauf, dass die palästinensischen Bürger Israels in jeder künftigen Zwei-Staaten-Vereinbarung Teil Israels bleiben sollten. Daraufhin begannen die palästinensischen Bürger ihre israelische Staatsbürgerschaft viel ernster zu nehmen.

***Balad, eine neue Partei wurde von dem Philosophieprofessor, Azmi Bishara, gegründet, der sich dafür einsetzte, dass Israel aufhören müsse, ein jüdischer Staat zu sein und anstatt dessen ein „Staat aller seiner Bürger“ werden müsse - eine liberale Demokratie, in der alle Bürger gleiche Rechte genießen würden.***

Diese Kampagne wurde bald von allen palästinensischen politischen Parteien aufgegriffen und führte zu einer Reihe von Vorschlägen, von denen die Zukunftsvision der palästinensischen Araber in Israel der wichtigste ist. Es werden große Reformen darin gefordert, die Israel entweder zu einem „Staat seiner Bürger“, oder zu einer „einvernehmlichen Demokratie“ machen sollten.

Die israelische Führung war von dieser Kampagne so beunruhigt, dass der damalige Premierminister, Ehud Olmert, 2006 ein Treffen mit dem Shin Bet abhielt. Im Gegensatz zur Praxis, dass solche Treffen geheim gehalten werden, wurde diese Diskussion weit verbreitet. ***Die israelischen Medien berichteten, dass die Shin Bet die so genannten „Future Vision-Dokumente“ als „Subversion“ betrachteten und wiesen darauf hin, dass sie alle Mittel, auch nicht-demokratische, einsetzen würden, um eine solche Kampagne für Gleichberechtigung zu vereiteln.***

Ein Jahr später, als Bishara - die Galionsfigur dieser Bewegung - auf einer Vortragsreise ausserhalb des Land war, wurde angekündigt, dass er wegen Verrats vor Gericht gestellt werden würde, sollte er zurückkehren. Es wurde behauptet, dass er der Hisbollah während Israels Krieg gegen den Libanon im Jahr 2006 geholfen

habe - eine Behauptung, die sogar die israelische Zeitung Haaretz als absurd abtat. Bishara blieb ausser Landes. Faktisch hatten die Regierung und Shin Bet den Bemühungen um eine Demokratisierung Israels den Krieg erklärt. Infolgedessen wurden die Forderungen der meisten palästinensischen Politiker nach politischen Reformen leiser.

Doch ihre beständige Präsenz in der Knesset verärgert immer mehr jüdische Abgeordnete, in einem Parlament das immer weiter nach Rechts gerückt ist. Seit Jahren nutzen die wichtigsten jüdischen Parteien ihre Kontrolle über das Zentrale Wahlkomitee, um zu verhindern, dass führende palästinensische Politiker bei Parlamentswahlen kandidieren. Allerdings hat der Oberste Gerichtshof die Entscheidungen des Wahlkomitees - mit immer kleiner werdenden Mehrheit – wiederholt aufgehoben.

Avigdor Lieberman, der in der Sowjetunion geborene israelische Verteidigungsminister, der den Vorstoß auf die palästinensischen Abgeordneten anführte, konnte 2014 ein Gesetz durchsetzen, das die Schwelle zur Wahlteilnahme derart erhöht, dass diese für keine der drei großen palästinensischen Parteien überwindbar wäre. Doch zu großer Überraschung legten diese sehr unterschiedlichen Parteien - die kommunistische, islamische und demokratisch-nationalistische Strömungen vertreten - ihre Differenzen beiseite, um eine gemeinsame Liste zu erstellen. Als Paradebeispiel für unbeabsichtigte Folgen führte die Parlamentswahl 2015 dazu, dass die Gemeinsame Liste zur drittgrößten Partei in der Knesset wurde.

**Im Februar legte Knesset-Mitglied Yousef Jabareen, als Reaktion auf die Bemühungen der Regierung, ein Basisgesetz über „Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes“ zu erlassen, ein alternatives Basisgesetz vor, mit dem Titel „Israel, ein demokratischer, egalitärer und multikultureller Staat“.**

Für eine kurze Zeit und zu großer Bestürzung in Israel sah es so aus, als ob die Liste die offizielle Opposition werden könnte, die den palästinensischen Abgeordneten Zugang zu Sicherheitsinformationen und das Recht geben würde, Knesset-Ausschüsse, die sich mit sensiblen Themen beschäftigen zu leiten.

Der Druck, die palästinensischen Parteien loszuwerden, hat sich weiter verstärkt. Im Jahr 2016 verabschiedete die Knesset ein weiteres Gesetz, zunächst das Zoabi-Gesetz und später das Ausweisungsgesetz genannt.

Es erlaubt einer Dreiviertelmehrheit des Parlaments, jeden Abgeordneten auszuschließen, nicht weil er ein Verbrechen oder eine Verfehlung begangen hat, sondern weil die anderen Abgeordneten ihre politischen Ansichten nicht passen. Der ursprüngliche Name des Gesetzes deutet darauf hin, dass das Hauptziel Haneen Zoabi war, die jetzt das prominenteste Mitglied der Balad-Partei Bisharas ist.

Beobachtern zufolge wird es unmöglich sein, die für einen solchen Ausschluss erforderliche Dreiviertelmehrheit zu erreichen. In Kriegszeiten jedoch, oder während eines der gelegentlichen großen Angriffe auf Gaza, scheint es wahrscheinlich, dass eine solche Mehrheit gegen offene Kritiker Israels - und Anhänger eines Staates aller seiner Bürger - wie Haneen Zoabi, mobilisiert werden kann.

In der Tat erfordert sie nur den Ausschluss eines einzigen Mitglieds der Gemeinsamen Liste, um die anderen Mitglieder in eine unhaltbare Position bei ihren Wählern zu bringen. Diese werden nur deshalb in der Knesset bleiben, weil die jüdischen zionistischen Gesetzgeber sich entschieden haben, sie nicht auszuweisen -

noch nicht. Deshalb bezeichnete die Zeitung *Haaretz* das Ausweisungsgesetz als ersten Schritt zur „ethnischen Säuberung der Knesset“.

Da die israelischen Amtsträger zunehmend entschlossen sind, auch die letzten formalen Elemente der Demokratie in Israel abzuschaffen, haben die palästinensischen Führer des Landes nur begrenzte Möglichkeiten. Ihre einzige Hoffnung ist es, die Aufmerksamkeit auf das erhebliche Demokratiedefizit im israelischen Staat zu lenken. Im Februar legte Knesset-Mitglied Yousef Jabareen, als Reaktion auf die Bemühungen der Regierung, ein Basisgesetz über „Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes“ zu erlassen, ein alternatives Basisgesetz vor, mit dem Titel „Israel, ein demokratischer, egalitärer und multikultureller Staat“. In jedem westlichen Staat wäre ein solches Gesetz überflüssig. In Israel hatte die Initiative keine Chance, in der Knesset Unterstützung zu finden, außer von den Abgeordneten der palästinensischen Parteien.

Jabareen gab in einem Interview zu, dass der Gesetzentwurf selbst von den fünf Mitgliedern von Meretz, der mit Abstand linksliberalsten jüdischen Partei im Parlament, nicht unterstützt werden würde. Optimistisch meinte er: "Ich hoffe, dass Meretz unter ihnen [den Unterstützern] sein wird.

„Ich habe Meretz einen Entwurf des Gesetzes zukommen lassen, aber sie zum jetzigen Zeitpunkt nicht gebeten, es zu unterstützen, um ihnen Zeit zum Nachdenken zu geben.“

Es könnte kaum eine schwerwiegendere Anklage gegen die israelische Gesellschaft geben, als die beinahe als sicher geltende Vergeblichkeit, einen jüdischen Abgeordneten in der Knesset zu suchen, der bereit ist, eine Gesetzgebung für Toleranz und Gleichheit zu unterstützen.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaesstinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://www.jonathan-cook.net/2018-03-18/why-israel-is-an-apartheid-state/>